

Nächster Schritt vorwärts bleibt vorerst aus

CDU prangert „Kostenexplosion“ beim Sanierungsgebiet an und lehnt wie FDP und WGA die aktuellen Pläne ab

VON KAI PURSCHKE

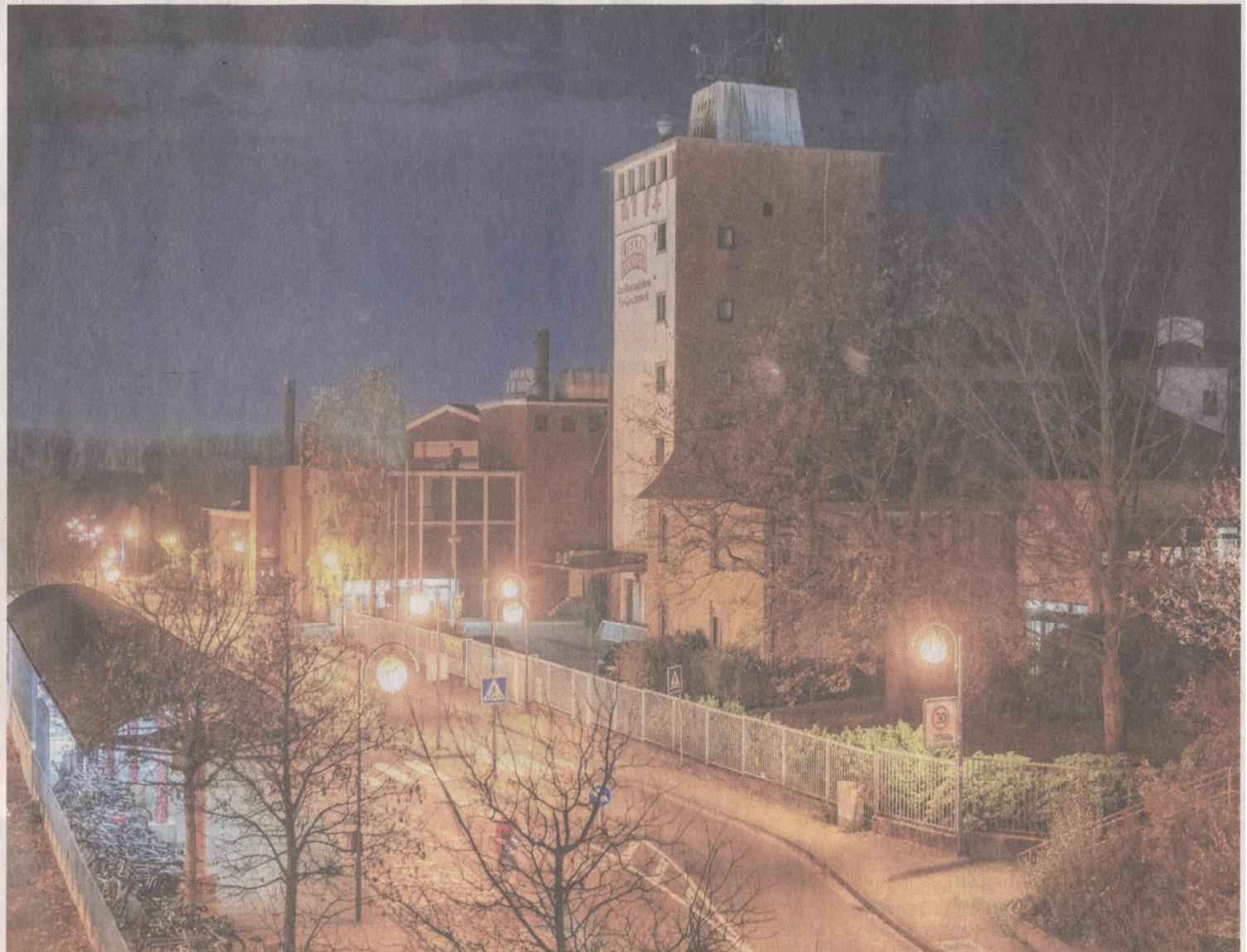
Achim. Seit vier Jahren wirbt der Investor W&S in Achim für seine Ideen, die aus der Brotfabrik-Brache am Achimer Bahnhof ein belebtes Quartier machen sollen. Bisher sind die beiden W&S-Geschäftsführer Karl Will und Peter Skrabs nicht zum Zug gekommen, auch wenn sie sich den Wünschen der Achimer Politik und der Verwaltung zwangsläufig gebeugt haben und von ihrem geplanten Einkaufszentrum Abstand nehmen mussten. Da inzwischen, wie berichtet, wesentliche Bestandteile des städtebaulichen Vertrags, den die Stadt mit W&S schließen will, ausgehandelt worden sind und eine politische Lenkungsgruppe die Abmachungen mit auf den Weg gebracht hat, waren am Dienstagabend in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung eigentlich die Weichen gestellt, einen großen Schritt weiter zu kommen. Doch es kam anders.

„Die Zeit des Streits ist vorbei, jetzt können wir eine gute Entwicklung für Achim anschieben“, frohlockte der Ausschussvorsitzende Werner Meinken (SPD) noch zu Be-

„Mit dem Rückenwind der Politik könnten wir nun durchstarten.“

Peter Skrabs, Investor

ginn der Diskussion. Und auch Investor Skrabs schwor die Fraktionen ein: „Mit dem Rückenwind der Politik könnten wir nun durchstarten und etwas bewegen.“ Noch dieses Jahr würde W&S mit dem Rückbau der Industriegebäude starten, Mitte nächsten Jahres dann mit dem Bau von bis zu 170 Wohnungen beginnen. Auch die Altlastenentsorgung übernimmt W&S und verpflichtet sich, von den 29000 Quadratmetern Lieken-Fläche 13000 Quadratmeter zum Verkehrswert an die Stadt zu verkaufen, damit diese dort Straßen und öffentliche Flächen bauen kann. Um dies zu können und um



Noch immer sind die Fraktionen im Stadtrat von einer gemeinsamen Stoßrichtung in Sachen Lieken-Gelände weit entfernt.

FOTO: BJÖRN HAKE

tion die 800 Quadratmeter Einzelhandelsfläche für den erwarteten Zuzug zu klein sind. Da war sie wieder, die alte Grundsatzdebatte über Verkaufsflächen, in der CDU,

Frage eine Phalanx bilden, fühlten sich ob der Haltung von CDU/WGA/FDP vor den Kopf gestoßen. Bei der Kampfabstimmung unterlagen SPD/Mindermann und Grüne

kauf hätten. Selbst die Kita wäre wohl förderfähig und wir müssten nur ein Drittel bezahlen und nicht alles.“ Sie sieht wie SPD und Grüne im Vorhaben eine Chance, hand-

eine Kindertagesstätte dort zu bauen, möchte die Stadtverwaltung die Städtebauförderung mehr als verdoppeln, aber auch ihren finanziellen Einsatz erhöhen. Statt wie bisher 4,3 Millionen Euro an Zuschüssen zu bekommen, sollen es nun 9,2 Millionen werden, von denen die Stadt ein Drittel in den nächsten acht Jahren stemmen müsste.

Das sind immerhin rund 400 000 Euro jährlich – und das ist der CDU zu viel. Ihr Fraktionschef Karl-Heinz Lichter prangerte die „Kostenexplosion“ an, ebenso Formfehler der Verwaltung und auch, dass seiner Frak-

WGA und FDP bisher politisch stets den Kürzeren gezogen und keine Mehrheit gefunden hatten. Mit Verweis auf die Haushaltslage und andere anstehende Millionen-Ausgaben verneinten die drei Fraktionen ihre Zustimmung zur vorgelegten Rahmenplanung. Auch, weil sie sich an der Mobilitätsstation (Parkhaus) stören, die auf dem Areal aus Sicht der Verwaltung entstehen könnte, für die aber bisher weder ein Investor noch ein Betreiber gefunden ist.

SPD/Mindermann und Grüne und auch die Verwaltung, die bisher in der Lieken-

dann mit vier zu fünf Stimmen. Somit gab der Ausschuss kein grünes Licht für die Rahmenplanung und die Erhöhung der Städtebauförderung. Allerdings sehen die Mehrheitsverhältnisse im Verwaltungsausschuss und im Rat anders aus, die letztlich über die Planungen entscheiden.

Dennoch hatten die Verwaltungsleute am Ergebnis zu knapsen, allen voran Stadtplanerin Angelika Steinbach: „Wir bekommen eine Zweidrittel-Förderung. Was wäre wohl im Magdeburger Viertel passiert, wenn wir nicht die Flächen Dank der Förderung ge-

lungsfähig sein zu können. „Und wenn am Ende dort keine Mobilitätsstation entsteht, bietet sich ein Flächenverkauf an“, sagte sie. Die Verwaltung hatte auf eine einvernehmliche Lösung gehofft, zumal dringend etwa passieren müsse, wie Steinbach ebenfalls ausführte: „Fast 60 Prozent des Bevölkerungswachstums im Landkreis Verden entfallen auf Achim. Wir sind Boom-Town.“ Immerhin gab es für sie ein kleines Trostpflaster: Gegen die Stimmen der CDU empfahl der Ausschuss mehrheitlich, den Bebauungsplan fürs Sanierungsgebiet zu ändern.